ung ein, als sich einige Kauflust zeigte und die Waareninhaber weiter keine Neigung zeigten, in nachgebenden Preisen abzugeben. Weizen eine Kleinigkeit niedriger, Roggen behauptet, Hafer sehr still. Nach Ermittelung der Centralnotirungsstelle der preußischen Landwirthschaftskammern wurden bezahlt in Berlin: Weizen 186, Roggen 146, Hafer 149, in Stettin-Stadt: Weizen 170—176, Roggen 127—133, Hafer 133—135. — Wetter: schön, Südwind.

Frankfurt a. M. (Schluß.) Credit 290.25. Diskonto 197.80. Dresdner Bank 156.50. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. Laurahütte 163.90. Ungar. Gold —,—. Portugiesen —,—. Fest.

Paris. (3 Uhr Nachmittags.) Rente 103.02. Italiener 83.40. Spanier 62⅞. Portugiesen 21.70. Türken 22.22. Türkenlose 115.00. Ottomanbank 601.00. Staatsbahn 720.00. Lombarden —,—. Träge.

Paris. Produktenmarkt. Weizen per Oktober 20.20, per Januar-April 20.60, ruhig. Spiritus per Oktober 36.75, per Januar-April 39.00, ruhig. Rüböl per Oktober 59.25, per Januar-April 60.00, matt.

Amsterdam. Produktenbericht. Weizen per Novbr. 237, per März 213, per Mai —. Roggen per Oktober 124, per März 128, per Mai 126.

London. Produkten-Bericht. Getreidemarkt fehr ruhig, rother Weizen ½ Sh. niedriger. — Wetter: Milde.

Oertliches und Sächsisches.

— Von Sr. Majestät dem König ist auf das am 11. d. M. Abends vom Hauptausschusse in Plauen i. V. für das zweite Sächsische Kreisturnfest an ihn gerichtete Dankes- und Huldigungs-Telegramm aus dem Schlosse Rehefeld folgende Antwort eingetroffen: An die Turnerschaft der Kreisstadt Plauen zu Händen des Herrn Oberbürgermeisters. Ich danke der Turnerschaft für den Mir zugegangenen freundlichen Gruß. Albert.

— Nach einer Meldung aus Umkirch gedenkt Ihre Majestät die Königin heute Vormittag von dort nach Sigmaringen zu reisen.

— Zur Tafel bei Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen und Ihrer Kaiserl. und Königl. Hoheit der Frau Prinzessin Friedrich August waren für vorgestern Nachmittag die Mitglieder des engeren Ausschusses des Landeshilfskomitees für die Wasserbeschädigten, an dessen Spitze Se. Königl. Hoheit als Ehrenvorsitzender steht, die Herren Kreishauptmann Schmiedel, Geh. Regierungsrath Dr. Kunze, Oberbürgermeister Geh. Finanzrath a. D. Beutler, Regierungsrath Dr. Riethammer, Hofrath Dr. Mehnert und Gemeindevorstand Großmann-Plauen, mit Einladungen ausgezeichnet worden.

— Ihre Kaiserl. Königl. Hoheit die Frau Prinzessin Friedrich August beehrte gestern die Papierhandlung des Königl. Hoflieferanten W. Türk am Altmarkt.

— Se. Königl. Hoheit Prinz Friedrich August begab sich gestern mit seinem Adjutanten Herrn Rittmeister v. Tümpling nach Großenhain, um an dem Rennen des Reitvereins theilzunehmen. Die Rückkehr nach Wachwitz erfolgte Abends.

— Ihre Königl. Hoheit Frau Prinzessin Leopold v. Preußen beehrte gestern das Magazin des Hoflieferanten Robert Hoffmann mit ihrem Besuche.

— Se. Excellenz Staatsminister v. Metzsch traf vorgestern in Pirna ein, um die durch das Hochwasser am 30. Juli angerichteten Schäden bez. den Fortgang der Reparaturarbeiten zu besichtigen. Zum Empfang war Herr Amtshauptmann Frhr. v. Teubern auf dem Bahnhof anwesend. In der Kaiser Wilhelm-Straße nahm man die beschädigte Gottleubabrücke und in der Reitbahnstraße die neue Interimsbrücke in Augenschein, worauf die Fahrt in's Gottleubathal angetreten wurde. Das Ziel war Gottleuba. Die Rückkehr nach Pirna erfolgte in den späteren Nachmittagsstunden.

— Der Herr Justizminister Dr. Schurig, Excellenz, besuchte am 13. d. M. bei seiner Anwesenheit in Wurzen auch das Königl. Amtsgericht und nahm insbesondere den im vorigen Jahre im sogenannten Stiftsregierungsgebäude vorgenommenen Umbau eingehend in allen seinen Theilen in Augenschein. Der Herr Minister sprach sich über die neuen, für das Königl. Amtsgericht gewonnenen Expeditionsräume 2c. sehr anerkennend und befriedigt aus.

— Die feierliche Beisetzung weiland Sr. Erlaucht des Grafen Friedrich von Schönburg-Glauchau erfolgte gestern auf dem evangelischen Friedhof in Graz.

— Die Uebergabe der neuen Fahnen an die Bataillone der neugebildeten Regimenter des 12. Königl. sächsischen Armeekorps wird am 2. Dezember, dem Gedenktage der Schlacht bei Villiers, durch Se. Majestät den König in Dresden erfolgen.

— Der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion des sächsischen Landtags, Geh. Kommerzienrath Georgi in Mylau, hat sich in einer vor den Landtagswählern zu Reichenbach gehaltenen Rede für eine stärkere Heranziehung des fundirten als des nichtfundirten Einkommens zur Besteuerung ausgesprochen. Es sei daher neben der Einkommensteuer noch, wie in Preußen, die Vermögenssteuer einzuführen oder eine Erweiterung der Erbschaftssteuer vorzunehmen. Der nächste Landtag werde sich mit der ersteren, vielleicht mit beiden zugleich zu befassen haben. Auch die gegenwärtige Finanzlage Sachsens mache die Vermehrung der Staatseinnahmen nothwendig.

— In diesen Tagen sind die Eröffnungen an die Unterbehörden wegen der vom Ministerium des Innern für die Wassergeschädigten bewilligten Unterstützungsgelder ergangen und ebenso sind vom Landeshilfskomitee die ausgeworfenen Geldbeträge an die Amtshauptmannschaften und Stadträthe, die die Auszahlung übernommen haben, überwiesen worden, so daß die im Königreich Sachsen von der Hochfluth Ende Juli Betroffenen in den allernächsten Tagen in den Besitz der ihnen bewilligten Unterstützungen gelangen.

— Als kleinere Gewinne zu 5 und 2 Mark werden in der Lotterie der Internationalen Kunstausstellung 200 große und 4000 kleine rothbraune Mappen gegeben. Jede dieser Mappen enthält zwanzig Blätter in Lichtdruck, welche Ansichten aus der so prächtig und geschmackvoll angeordneten Ausstellung darbieten. Wir sehen da zunächst das prächtige Portal der großen Halle vom Architekten Fröhlich, dann die Ansicht der ganzen Halle, zwei Ansichten der Hauptansicht mit der Büste Sr. Majestät des Königs, dem Höjel'schen Ruhmesengel und den berittenen Herolden von Maison, sowie zwei Seitenansichten mit der Büßergruppe von Lagae, der Trunkenheit von Lambeaux und der eigenartigen Gruppe Am Meeresgrunde von Petri. Zwei Blätter sind dann dem farbenfrohen Schilling u. Gräbner'schen Lesezimmer mit den Stickereigemälden von Rentzsch gewidmet. Weiter erhalten wir Abbildungen des Hauptzimmers von van der Velde mit dem großen Kamin, des grünen Zimmers mit den Stofftapeten von Isaac und des Besnard'schen Vorzimmers. Zwei Blätter veranschaulichen das Zimmer mit den großartigen Meunier'schen Bildwerken. Zwei weitere Blätter zeigen den reizvollen französischen Salon mit den Bildnissen von Boldini, Courtois u. s. w., zwei das köstliche Münchener Kabinet mit den Bildern von Leibl, Böcklin, Defregger u. s. w., sowie mit Durchblicken auf Fritz v. Uhde's Predigt am See und auf Ludwig Dill's feingestimmte Pastellandschaften. Dazu kommt der Dresdner Saal mit dem Höjel'schen Hunnen in der Mitte und den Gemälden von Kuehl, Mediz, Unger, Lührig, Prell u. A., sowie endlich zwei Ansichten des zweiten plastischen Saales, welche den Kuß von Lambeaux, das große Relief und den monumentalen Arbeiter von Meunier, sowie die mächtige Gruppe Die Erbauer der Städte von van der Stappen nebst den umgebenden Bildwerken veranschaulichen. Sämmtliche Bilder sind in trefflichem Lichtdrucke von Wilhelm Hoffmann, A.-G., hergestellt.

— In der vorgestrigen Stadtverordnetensitzung beschäftigte man sich zunächst mit einem Antrage der Herren St.-V. Hartwig I und 26 Genossen, durch welchen die Antragsteller eine Herabsetzung der Kirchenanlagen vom Grundbesitz zu erreichen hoffen. Der Antrag ging dahin, den Rath zu ersuchen, in seiner Eigenschaft als Mitglied der Kircheninspektion dahin zu wirken, daß das gegenwärtig bestehende Kirchenanlagen-Regulativ, welches seiner Zeit nur als provisorische Festsetzung genehmigt worden ist, dahin abgeändert werde, daß die Kirchengrundsteuer zur Kircheneinkommensteuer in nahezu demselben Verhältniß steht, wie dies bei den direkten Gemeindesteuern der Fall ist, während nach dem jetzigen Kirchenanlagen-Regulativ eine ungefähr dreifach stärkere Belastung des Grundbesitzes vorhanden ist, als bei der Gemeinde-Einkommensteuer. In seiner Begründung bezog sich St.-V. Hartwig I darauf, daß schon beim Rathe in Folge eines Antrags des Herrn Stadtrath Richter diese Frage erwogen worden sei. Dabei habe man nachgewiesen, daß 1894 die Belastung des Grundbesitzes für den Staat 8 Prozent, für die Stadt reichlich 9, für die Schule 16 und für die Kirche 32 Prozent ausgemacht habe. Die jetzige Kirchenanlage bedeute daher eine unverhältnißmäßige Belastung des Grundbesitzes und sei eine ungerechte. St.-V. Müller v. Berneck erklärte demgegenüber, der von ihm vertretene allgemeine Miethbewohner-Verein sei gleichfalls Grundbesitzer und zahle die Abgaben für seine Häuser mit dem größten Vergnügen. (Heiterkeit.) Es handle sich ja um ganz minimale Summen, da bei einem Hause von 10,000 Mark Miethertrag nur 46 Mark Kirchengrundsteuer zu entrichten sei. Die Kirchengrundsteuer sei ja schon herabgesetzt worden, als die Steuerreform durchgeführt worden war. Der Grundbesitz in Dresden steige bekanntlich fortwährend in seinem Werthe und erst kürzlich sei ihm ein Areal an der Ostbahnstraße, welches die Stadt für 70 Mark pro Quadratmeter verkauft hatte, der Quadratmeter mit 92 Mark angeboten worden. Eine Herabsetzung der Kirchenanlagen würde nothwendig zu einer Heraufsetzung der Kircheneinkommensteuer führen. Für sehr empfehlenswerth halte er die Einführung einer Baustellensteuer, und dadurch würde ein Betrag von 300,000 Mark einkommen. St.-V. Hartwig I erwiderte seinem Vorredner in ziemlich scharfem Tone und ersuchte ihn, solche zur Irreführung in hohem Grade geeignete Ausführungen niemals wieder zu machen, wofür er sich eine Rüge seitens des Herrn Vorstehers zuzog. Er fügte noch hinzu, daß zwar die Grundwerthabgabe nach Durchführung der Steuerreform einen geringeren Ertrag ergebe, daß aber dafür stärkere Einkommensteuerlasten dem Grundbesitze auferlegt worden seien. Wenn der Grundbesitz immer im Werthe steige, so dürften doch auch keine Subhastationen vorkommen. St.-V. Müller v. Berneck verbat sich eine solche Weise der Diskussion, wie sie sein Vorredner anwende, in einer solchen Redeweise könne er gar nicht seinem Gegner erwidern. Wenn derselbe an seine Wahrhaftigkeit appellirt habe, so sei das geradezu beleidigend für ihn. Der Herr Vorsteher bemerkte hierzu, es sei Sache des Vorsitzenden, über die parlamentarische Ordnung zu wachen. St.-V. Stein führte aus, wie in den ärmeren Kirchengemeinden die Herabsetzung der Kirchengrundsteuer eine beträchtliche Steigerung der Einkommensteuer hervorrufen würde. So müßte in der Petri-Gemeinde die Kircheneinkommensteuer von 14 auf 18 Prozent heraufgesetzt werden. St.-V. Häckel betonte dagegen, daß es auch eine große Anzahl kleiner Hausbesitzer gäbe, denen eine solche Doppelbesteuerung ihrer Einkünfte aus dem Grundbesitz sehr schwer fiele. Herr Bürgermeister Leupold erklärte, der Rath sei durchaus nicht der Ansicht, daß die jetzige Kirchengrundsteuer eine ungerechte sei und wolle nicht in diese Verhältnisse, welche sich jetzt zu konsolidiren anfingen, da die in den einzelnen Gemeinden erhobenen Prozentsätze durch eine Einigung der Kirchengemeinden mehr und mehr ausgeglichen würden, eine Beunruhigung hineintragen. St.-V. Dr. Wilisch beantragte Verweisung der Angelegenheit an den Rechtsausschuß zur Berichterstattung. Nachdem sich Bürgermeister Leupold und St.-V. Bierling für diese Ueberweisung ausgesprochen hatten, wurde der Dr. Wilisch'sche Antrag mit 35 gegen 26 Stimmen angenommen. — Ein zweiter freier Antrag war vom St.-V. Schlotter eingegangen, dahingehend, den Rath zu ersuchen, 1. den Stadtverordneten den Gebührentarif zugehen zu lassen, wie er im Gegensatz zu früher bei den von der Stadt unterhaltenen wundärztlichen Hilfsstellen eingeführt ist, und 2. die frühere Einrichtung, bei welcher Allen, die die Hilfsstelle aufsuchten, Hilfe gewährt und diese den Unbemittelten und den Minderbemittelten unentgeltlich geleistet wurde, wieder einzuführen. Antragsteller erwähnte einige Fälle, in welchen ein ziemlich hohes Honorar berechnet worden war. So habe eine Frau, welche von einem Insekt in den Finger gestochen worden war, 6 Mark und ein Schmiedegeselle, der sich den Finger zerquetscht hatte, 10 Mark bezahlen müssen. Herr Stadtrath Dr. Körner erklärte hierzu, der Rath habe bereits erkannt, daß der jetzt zur Anwendung gelangende ärztliche Minimaltarif sich nicht für die Zwecke einer städtischen Hilfsstelle eigne, und arbeite einen neuen Tarif mit wesentlich anderen Sätzen aus. Kleinere Verrichtungen sollten künftig durch eine Albertinerin und den anwesenden Heilgehilfen unentgeltlich vorgenommen werden. Ueberdies sei die Inanspruchnahme der Hilfsstellen infolge der hohen Sätze erheblich zurückgegangen. St.-V. Prof. Lehmann beantragte Ueberweisung an den Rechtsausschuß, und unter Zustimmung hierzu empfahl St.-V. Vicevorsteher Dr. Osterloh die Ausarbeitung eines selbstständigen Tarifs. St.-V. Häckel beantragte dagegen, den Rath zu ersuchen, „den Gebührentarif für die wundärztlichen Hilfsstellen einer Revision zu unterziehen und von dem Ergebniß den Stadtverordneten Mittheilung zu machen". Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, nachdem der ursprüngliche Antrag vom St.-V. Schlotter zurückgezogen worden war. — Man genehmigte hierauf den Verkauf des zwischen der Gerok- und Dürerstraße einerseits und der Marschner- und Eliasstraße andererseits liegenden Baublocks im ungefähren Ausmaße von 15,300 Quadratmetern an den Staatsfiskus zur Erbauung einer Kunstgewerbeschule mit Kunstgewerbemuseum zum Preise von 60 Mark für den Quadratmeter. Die Kunstgewerbeschule soll in die Mitte des Platzes kommen, von der Gerokstraße 75 Meter abstehend, mit der Möglichkeit, späterhin nach der Marschnerstraße zu anzubauen. Kollegium erklärte sich weiter einverstanden mit der Unterbringung der vierten Hebestelle für indirekte Abgaben in dem Erdgeschoß des Hauses Leipzigerstraße 110, mit der vorschußweisen Entnahme der auf drei städtische Parzellen an der Lauensteinerstraße entfallenden Anliegerbeiträge für Schleusenbaukosten, sowie mit der Umlegung der Wasserhauptrohrleitung in der Strehlenerstraße zwischen der Franklin- und der Residenzstraße, welche demnächst asphaltirt werden soll. Dem Kinderbeschäftigungs-Verein zu Neu- und Antonstadt Dresden soll das Anfang der 60er Jahre aus der Stadtkasse gewährte unverzinsliche Darlehen von 11,850 Mark auf weitere 5 Jahre belassen werden. Man bewilligt nachträglich das Herrn Architekt Schubert für den Neubau des Bürgerhospitals mehr gewährte Honorar von 3368 Mark, erklärt sich mit der Herstellung einer Familienwohnung für den Heizer im Vorderhause des Versorghauses einverstanden, beschließt die Anschaffung von weiteren 900 Gaszählern zur Verleihung an Gasabnehmer und ertheilt seine Zustimmung, daß der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft für ihre 1898 hier stattfindende 12. Wander-Ausstellung 10,000 Mark zur Stiftung von Ehrenpreisen bewilligt werden. Zugleich spricht man die Erwartung aus, daß der Rath den mit jener Gesellschaft abgeschlossenen Vertrag dem Kollegium baldigst zur Genehmigung vorlegen werde und ersucht auf Antrag des St.-V. Ritter den Rath, mit dem Vorstande der deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft wegen Abhaltung einiger geeigneter Vorträge durch hervorragende Fachleute während der geplanten Ausstellung in's Einvernehmen zu treten. — Auf den Antrag der Stadtverordneten betreffs Beseitigung des durch den Lastverkehr auf der Radebergerstraße verursachten, die Anwohner stark belästigenden Lärms hat der Rath geantwortet, daß sich die Radebergerstraße, weil sie stark geneigt sei und Hauptrohre der Wasserleitung in ihr liegen, zur Asphaltirung nicht eigne und man daher auf eine Umpflasterung mit bossirten Steinen zugekommen sei. Wegen der vorgeschrittenen Jahreszeit habe man das erforderliche Material noch nicht beschaffen können. Man faßte bei der Mittheilung des Rathes Beruhigung, nachdem St.-V. Hartwig I die Verwendung von Holzpflaster empfohlen hatte. Ein weiteres Rathsschreiben besagt, daß der Rath den Antrag der Stadtverordneten auf Durchführung des Obergrabens nach der Königstraße abgelehnt habe und die Vorlage wegen des Abschlusses eines Vertrags mit Herrn Baumeister Wagner über den Arealaustausch an der Rähnitzgasse und über die Duldung des Durchganges durch sein Grundstück erneuern werde. Ferner sind ein Dankschreiben des Gemeinnützigen Vereins für die gewährte Jahresunterstützung von 1000 Mark an Schüler im Handfertigkeitsunterricht und ein Dankschreiben des Ortsausschusses für die 11. Generalversammlung des Allgemeinen Sächsischen Lehrervereins für das bewiesene Entgegenkommen eingegangen.

— Der Dresdner Geflügelzüchter-Verein hat es diesmal zum ersten Male unternommen, eine Junggeflügel-Ausstellung zu veranstalten, welche gestern eröffnet wurde und bis Montag angesetzt ist. Die Ausstellung nimmt sämmtliche entbehrlichen Räume der alten Restauration im „Zoologischen Garten" ein und hat auch auf das Musikpodium und einige Plätze im Freien ausgedehnt werden müssen. Der Katalog verzeichnet über 1400 Ausstellungsobjekte. Sehr zahlreich ist dieses Mal das Wassergeflügel vertreten, da über 100 Enten und Gänse ausgestellt werden konnten. Die in 40 verschiedene Arten eingetheilten Hühner umfassen 455 verschiedene Nummern. Etwa gleich zahlreich sind die Tauben vertreten. Neben der Prämiirungsklasse ist eine reichlich 400 Thiere umfassende Verkaufsklasse gebildet worden. Geräthe, Futtermittel und Litteratur vervollständigen diese zum Theil von weither beschickte Fachausstellung. Unter den ausgesetzten Prämien stehen 6 Ehrenpreise der Stadt Dresden obenan. Der Landesverband sächsischer Geflügelzüchter-Vereine, welcher in diesen Tagen seinen 15. Verbandstag hier abhält, hat drei Diplome gestiftet. Den zahlreichen Ehrenpreisen des Vereins sind eine größere Zahl Privatehrenpreise hinzugefügt worden. Die Ausstellung ist mit einer Verloosung verbunden, welche sich stets einer großen Beliebtheit erfreut. Morgen, Sonntag, wird die Direktion des Zoologischen Gartens Gelegenheit zum Besuch der Ausstellung bei ermäßigtem Eintrittspreise geben. Montag findet die Ziehung der Lotterie und der Schluß der Ausstellung statt.

— Die Abschaffung der Hundeleine und Hundesperre, dieser Schrecken aller Dresdner Hundebesitzer, ist der Gegenstand einer seit einigen Tagen in Meinhold's Etablissement, Moritzstraße 10, hier, ausliegenden und bis gestern bereits mit über 100 Unterschriften bedeckten Petition an den Rath zu Dresden. Auf der ersten Seite der Adresse befinden sich nicht weniger als 17 Namen von Mitgliedern des Königl. Hoftheaters. So finden sich u. A. die Namen der Damen Politz, Salbach, Basts, Tullinger, Hildebrandt-Osten, Gasny, sowie der Herren Müller, Wiene, Bauer, Witt, Huff 2c. Die weiteren Unterschriften gehören Vertretern der verschiedensten Stände und Berufsklassen an, ein Beweis, daß die Hundeleine, die nachgerade zu einem unrühmlichen Wahrzeichen von Dresden zu werden droht, ihre Feinde in allen Gesellschaftsschichten hat.

— Am 13. Oktober ist das Bräuer'sche Schneidemühlengebäude und Wohnhaus in Förstgen niedergebrannt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Die Nachricht von dem Kronrath am Donnerstag im Neuen Palais ist für alle Welt unerwartet gekommen, wenn sie auch an sich durchaus nichts Ueberraschendes bietet. Der Kaiser, der seit mehreren Monaten, von ganz kurzen Unterbrechungen abgesehen, von seiner Residenz fern gewesen ist, hatte gewiß das Bedürfniß, sich mit seinen Ministern über die gesammte politische Lage zu unterhalten, zumal der die meisten von ihnen seit den Festen am Rhein zu sprechen keine Gelegenheit hatte. Wahrscheinlich dürfte die Einberufung des Kronraths wohl nach dem gemeinsamen Vortrage des Fürsten Hohenlohe, des Botschafters v. Bülow und Herrn v. Miquel beschlossen worden sein. Die „Köln. Ztg." erinnert daran, daß auch im vorigen Jahre ungefähr um dieselbe Zeit ein Kronrath stattgefunden hat und daß zu diesem Ende damals am 7. Oktober die sämmtlichen preußischen Minister eine gemeinsame mehrstündige Fahrt nach dem Jagdschlosse Hubertusstock antreten mußten. Als das wichtigste Ergebniß des vorjährigen Kronraths wurde damals alsbald der Beschluß der Umwandlung der 4prozentigen Konsols in Reich und Staat in 3½prozentige bekannt. Hoffentlich wird auch das Ergebniß des jetzigen Kronraths baldthunlichst in zuverlässiger Form bekannt gemacht werden können. In politischen Kreisen zweifelt man nicht, daß in ihm festgesetzt worden ist, mit welchen Fragen vorzugsweise Reichstag und Landtag zu befassen sein würden und daß namentlich auch die zur Zeit brennendste politische Frage der Militärstrafprozeßordnung zur Erörterung gelangt sein wird.

Die „Frkf. Ztg." schreibt: „Der Kaiser ist thatsächlich ein bedeutender Dialektiker .... Es ist auch kein Geheimniß, daß gewisse leitende Staatsmänner, die mit sehr bestimmten Entschließungen zum Vortrag gehen, am Ende des Vortrags diese Entschließungen nicht ausgeführt haben, weil ihnen der Kaiser als Redner überlegen ist. Denn es kann Jemand sehr klug denken und schreiben, auch verhältnißmäßig gut ablesen, aber doch des Wortes gegenüber einem so lebhaften Sprecher wie dem Kaiser nicht genügend mächtig sein."

Wie das „Berl. Tagebl." erfährt, wird der Reichstag in der ersten Woche des Dezember zusammentreten.

Der Bundesrath überwies den Gesetzentwurf über die Entschädigung der im Wiederaufnahmeverfahren freigesprochenen Personen dem zuständigen Ausschuß.

Der Reichskommissar für die Pariser Weltausstellung, Geh. Regierungsrath Dr. Richter, ist aus Paris zurückgekehrt, wo es ihm geglückt ist, eine Erweiterung des dem Deutschen Reiche ursprünglich bewilligten Platzes in einer Reihe von Abtheilungen zu sichern. Wenn die deutschen Plätze mit Rücksicht auf die Beschränktheit des in Paris verfügbaren Raumes sich überhaupt in engen Grenzen halten und namentlich hinter denen in Chicago in verschiedenen Gruppen zurückbleiben müssen, so sind die Räume doch jedenfalls so bemessen, daß unsere Ausstellung bei richtiger und sachgemäßer Auswahl der auszustellenden Erzeugnisse ein angemessenes Bild von der Leistungsfähigkeit auf den hauptsächlichen industriellen Gebieten und ebenso auf dem des Kunstgewerbes wird geben können. Für die bildenden Künste (Malerei und Bildhauerei) sind die Plätze bisher überhaupt noch nicht angewiesen, ebenso steht auch für einzelne industrielle Gruppen eine Entscheidung noch aus, so namentlich, soweit Deutschland in Betracht kommt, für die der Handelsmarine. Als erfreulichstes Resultat des neuesten Besuchs des Reichskommissars in Paris ist zu verzeichnen, daß Deutschland von den französischen Ausstellungsbehörden als meistbegünstigte Nation behandelt wird. Geheimrath Dr. Richter ist auch dieses Mal an der Seine, wie die „Post" hört, mit außerordentlicher Zuvorkommenheit und Liebenswürdigkeit behandelt worden. — Nunmehr wird es für die deutsche Industrie und das deutsche Kunstgewerbe an der Zeit sein, auf allen Gebieten die Vorarbeiten für die Theilnahme an der Ausstellung energisch zu fördern. Wo noch von einzelnen Gruppen keine Komitees gebildet worden sind, soll ihre Zusammensetzung jetzt durch Auswahl geeigneter Vertreter aus allen Theilen des Reiches sofort in die Hand genommen werden, um ein gleichmäßiges und planvolles Zusammenwirken Aller zu ermöglichen.

Das vor einigen Jahren erlassene Reichsgesetz, wonach Kinder unter 13 Jahren in Fabriken 2c. überhaupt nicht, und sonst Kinder nur dann arbeiten dürfen, wenn sie die Schulpflicht erfüllt, hat eine starke Abnahme der Kinderarbeit in der Industrie zur Folge gehabt. Bei der jüngsten Betriebszählung zählte man 130,285 Knaben und 84,669 Mädchen, in Summe 214,954 Kinder unter 14 Jahren, die eine Erwerbsthätigkeit als Hauptberuf ausübten. Inwieweit Kinder nebenberuflich thätig waren, wird nicht dargethan. Obige Zahlen haben aber nur die Bedeutung von Minimalzahlen, da mehrfach der Nachweis über die thatsächlich ausgeübte Beschäftigung von Kindern unterlassen wurde. Von den erwerbsthätigen (und zum Hausgesinde gehörenden) Kindern ist mehr als die Hälfte in der Landwirthschaft beschäftigt, nämlich 135,125. In der Industrie waren thätig über 38,000, im Handel über 5000, als häusliche Dienstboten über 33,000. Was die Industrie speziell betrifft, so sind diejenigen Berufsarten, in denen die Erwerbsthätigkeit der Kinder hauptsächlich vorkommt, die folgenden: Ziegelei 1575 Kinder, Schlosserei 2075, Spinnerei 1148, Weberei 2190, Tischlerei 2107, Bäckerei 1919, Schneiderei 2156, Schuhmacherei 2026, Maurer 2272 Kinder. Selbstverständlich befinden sich diese Kinder fast ausschließlich in abhängiger Stellung, 99,53 Prozent von ihnen entfallen auf die Klasse der Arbeiter.

Im Anschluß an die Konferenz der Oberpostdirektoren findet am 22. d. M. im Reichspostamt eine Verhandlung mit Vertretern der Handelskörperschaften statt, in der folgende Fragen zur Berathung stehen: Ausdehnung des Meistgewichts der Briefe (auf 20 Gr.), Ermäßigung des Briefportos für den Nahverkehr und der Postanweisungsgebühr für kleinere Sendungen. Ueber die in Aussicht genommenen ermäßigten Sätze verlautet zwar noch nichts, es ist aber anzunehmen, daß sie auf die Hälfte des jetzigen Betrags, also auf 5 Pfg. für Briefe im Nahverkehr — worunter wohl hauptsächlich der Verkehr in Berlin zu verstehen ist — und auf 10 Pfg. für Postanweisungen kleineren Betrags lauten sollen. Daraus geht das erfreuliche Bestreben der Reichspostverwaltung hervor, längst gehegten, berechtigten Wünschen des Verkehrslebens entgegenzukommen, deren Erfüllung bisher stets an fiskalischen Bedenken scheitern mußte. Wenn nunmehr der Staatshaushalt die Berücksichtigung dieses in den weitesten Volkskreisen lebhaft empfundenen Bedürfnisses gestattet, so wird das allgemein mit großer Befriedigung aufgenommen werden.

Der „Hamb. Korresp." meldet aus zuverlässiger Quelle: Die im Laufe des Sommers angestellten Versuche mit dem neuen Infanteriegewehr haben ein sehr günstiges Resultat ergeben. Das Kriegsministerium ordnete deshalb an, das neue Gewehr derartig in Benutzung zu nehmen, daß die im Herbst eingestellten Rekruten bereits mit der neuen Waffe ausgebildet werden können. — Die Nachricht des „Hamb. Korr." wird von anderer Seite dahin richtig gestellt, daß gegenwärtig nur die neuen Bestände des Modells 88 ausgegeben würden. Zutreffend sei allerdings, daß Versuche mit dem neuen Gewehr bei einigen Truppentheilen des Gardekorps und an der Schießschule gemacht worden sind, welche gute Resultate gehabt haben.

Die badische oberste Kirchenbehörde hat, wie die „Allg. Ztg." hört, im Anschluß an die Vorträge des evangelisch-sozialen Vereins in Karlsruhe an die jüngere Geistlichkeit eine Mahnung zur Vorsicht auf dieser Bahn gerichtet, vor allen Dingen in der Benutzung der Kanzel zu sozialpolitischen Zwecken.

In der bayerischen Abgeordnetenkammer bekämpfte der Finanzminister Freiherr v. Riedel nachdrücklich den Antrag Dr. Ratzinger's auf völlige Beseitigung des Bodenzinses und den Antrag Dr. Sigl's auf Einführung einer Klassenlotterie, um den Ausfall an Bodenzinsen zu decken. Nach längerer Debatte wurde der Antrag Sigl abgelehnt. Der Gesetzentwurf über die Bodenzinsen und der Antrag Ratzinger wurden einem Ausschuß überwiesen.

Die erste sozialdemokratische Parteiversammlung, die zu den Beschlüssen des Hamburger Parteitags Stellung nahm, tagte in Berlin. An Stelle des durch Krankheit verhinderten Reichstags-

Wein-Grosshandlung Heinrich Grell Wein-Restaurant Zahnsgasse 2 mit feiner Küche